

(A)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

(C)

(B)

Ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt 11 auf:

Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss) zu dem Antrag der Bundesregierung

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Operation Atalanta zur Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Somalias auf Grundlage des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen von 1982 und der Resolutionen 1814 (2008) vom 15. Mai 2008, 1816 (2008) vom 2. Juni 2008, 1838 (2008) vom 7. Oktober 2008, 1846 (2008) vom 2. Dezember 2008, 1897 (2009) vom 30. November 2009 und nachfolgender Resolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen in Verbindung mit der Gemeinsamen Aktion 2008/851/GASP des Rates der Europäischen Union vom 10. November 2008 und dem Beschluss 2009/907/GASP des Rates der Europäischen Union vom 8. Dezember 2009

(D)

– Drucksachen 17/179, 17/274 –

Berichterstattung:
Abgeordnete Philipp Mißfelder
Dr. Rolf Mützenich
Dr. Rainer Stinner
Wolfgang Gehrcke
Kerstin Müller (Köln)

Bericht des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss) gemäß § 96 der Geschäftsordnung

– Drucksache 17/276 –

Berichterstattung:
Abgeordnete Herbert Frankenhauser
Klaus Brandner
Dr. h. c. Jürgen Koppelin
Michael Leutert
Sven Kindler

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt

(A) Hierzu liegen ein Entschließungsantrag der Fraktion der SPD sowie zwei Entschließungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor. Über die Beschlussempfehlung werden wir später namentlich abstimmen. Verabredet ist, eine Dreiviertelstunde zu debattieren.

Als erstem Redner gebe ich das Wort dem Kollegen Joachim Spatz für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Joachim Spatz (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat am 30. November dieses Jahres die völkerrechtliche Grundlage zur Piratenbekämpfung an der somalischen Küste verlängert. Am 8. Dezember hat auf dieser Grundlage die Europäische Union die Verlängerung von Atalanta beschlossen. Das Mandat dieser Operation bleibt im Wesentlichen das alte. Die Änderungen, die vorgenommen werden sollen, betreffen die Zusammenarbeit der somalischen Behörden mit den Atalanta-Kräften bei der Bekämpfung der illegalen Fischerei. Dies ist ein Thema, das schon bei der ersten Lesung angesprochen worden ist.

Auf der Grundlage dieser Beschlusslage hat die Bundesregierung den Deutschen Bundestag ersucht, das Mandat zu verlängern, und zwar bis zum 18. Dezember nächsten Jahres.

Nach einem Jahr kann man Zwischenbilanz ziehen. Wir sind der Auffassung: Die Operation ist ein voller Erfolg. 90 Piratenverdächtige konnten festgenommen werden. 88 davon wurden nach Kenia, 2 nach Spanien überstellt. Übrigens, 23 von ihnen sind durch die Besatzungen deutscher Schiffe aufgebracht worden. Alle Schiffe, die für das World Food Programme im Einsatz waren, sind durchgekommen. Die Sicherung der Handelsrouten ist verbessert worden.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es gab zwar keinen Rückgang der Zahl der Versuche, aber einen Rückgang der Zahl der erfolgreichen Kaperungen, und das ist ein wichtiges Indiz.

An dieser Stelle ein Wort zu den Linken. Sowohl bei Atalanta als auch bei Althea ist nach meiner Auffassung deutlich geworden, dass das kategorische Nein, das Sie auch bei diesen Mandaten vertreten, vielleicht bei so umstrittenen Entscheidungen wie jenen zu Afghanistan diskutabel ist. An dieser Stelle macht es aber eines klar: Sie argumentieren ergebnisbestimmt. Das heißt, Sie haben eine Parteilinie, die darauf abzielt, pazifistisch orientierte Menschen von den Grünen, der SPD oder wem auch immer abzuziehen. Da ist jedes Argument recht, das dazu führt, ein Nein zu begründen, sei es gerechtfertigt oder nicht.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Widerspruch bei Abgeordneten der LINKEN)

Wenn Sie als Alternative zum militärischen Geleitschutz der World-Food-Programme-Schiffe zivilen Geleitschutz vorschlagen, kann ich dazu nur sagen: Damit

schrecken Sie vielleicht Playmobil-Piraten ab, aber keine echten Piraten. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Das ist unseriös. Sie haben sich insbesondere bei der Debatte über Atalanta oder Althea aus der Seriosität verabschiedet und sich in die parteipolitische Taktiererei verirrt.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Natürlich sehen auch wir, dass die Wurzeln der Piraterie beseitigt werden müssen. Deshalb müssen wir den somalischen Staat wieder konsolidieren. Dabei müssen wir helfen. Denn jedem ist klar: Die Übergangsregierung allein kann das nicht schaffen. Wir unterstützen AMISOM, die Friedenstruppe der Afrikanischen Union, und wir werden, wie schon mehrfach gesagt, die Ausbildung von 2 000 somalischen Soldaten in Uganda vorantreiben.

Sie betonen, dass die Ursachenbekämpfung wichtig ist, um die Piraterie im Kern zu treffen. Dabei ist eines von Bedeutung: Auch der militärische Einsatz vor Ort, der verhindert, dass es erfolgreiche Auszahlungen von Lösegeldern gibt, blockiert dadurch, dass weniger Geld ins Land fließt, die Erstarkung destabilisierender Kräfte, seien sie verbrecherischer oder terroristischer Art. Auch hier leisten wir also durch militärischen Beistand einen Beitrag zur Lösung des eigentlichen Problems, auch wenn wir wissen, dass politische Komponenten hinzukommen müssen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(D)

Ein weiterer Punkt ist die Zusammenlegung der Mandate; auch das wurde gefordert. Das ist eines der Themen, die die FDP durchgesetzt hat. Die Bundesregierung arbeitet daran. Immerhin – das muss man wissen –: Nur 8 von 35 Schiffen, die dort operieren, gehören zu Atalanta. Sowohl NATO- als auch Nicht-NATO-Länder sind beteiligt. Sie alle zu integrieren, wird naturgemäß – auch Länder wie Indien oder China sind beteiligt – dazu führen, dass diese Koordination nicht so leicht zu bewerkstelligen sein wird, dass sie von heute auf morgen funktioniert. Aber auch hier bemüht sich die Bundesregierung um eine bessere Koordination.

Das Fazit: Aus unserer Sicht ist die Mission erfolgreich. Sie ist aus politischer und humanitärer Sicht geboten. Unterlassene Hilfeleistung ist hier ein schlimmes Vergehen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Weil es politisch und humanitär geboten ist, stimmen wir der Verlängerung des Mandates um ein Jahr zu.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Spatz, das war Ihre erste Rede im Deutschen Bundestag. Wir gratulieren Ihnen dazu sehr herzlich und wünschen Ihnen viel Erfolg.

(Beifall)

Vizepräsidentin **Katrin Göring-Eckardt**

- (A) Ich gebe jetzt das Wort dem Kollegen Lars Klingbeil für die SPD-Fraktion.

Lars Klingbeil (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Lassen Sie mich zu Beginn etwas sagen, was mir persönlich sehr wichtig ist: Egal ob wir, der Deutsche Bundestag, wie in der vergangenen Sitzungswoche über die Verlängerung der Mandate von ISAF und OEF oder wie heute von Atalanta und Althea entscheiden, egal wie stark der jeweilige Einsatz im Fokus des öffentlichen Interesses steht, egal ob wir für oder gegen die Verlängerung dieser Einsätze stimmen, eines sollte dieses Hohe Haus einen – ich sage das bewusst unter dem Eindruck der gestrigen Debatten –: der Respekt, die Wertschätzung und die Unterstützung für unsere Soldatinnen und Soldaten und ihre Familien, die wir gemeinsam in solch schwere Auslandseinsätze schicken.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wir alle haben eine Verantwortung wahrzunehmen, gegenüber der Öffentlichkeit, aber auch bei Debatten hier im Haus. Das hohe Gut der Parlamentsarmee können wir gar nicht hoch genug schätzen. Es ist unsere Verpflichtung als Abgeordnete, mit dem hohen Gut der Parlamentsarmee verantwortungsvoll umzugehen, dieses Prinzip zu stärken und zu verteidigen.

- (B) Bei einer Parlamentsarmee gehört es dazu, dass wir Abgeordnete nach bestem Wissen und Gewissen entscheiden. Gerade deshalb haben wir das Recht und – ich betone – auch die Pflicht, alle Informationen einzufordern und dort, wo wir nicht ausreichend informiert wurden, aktiv zu werden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Minister zu Guttenberg, vor diesem Hintergrund will ich in aller Deutlichkeit sagen: Ich bin von Ihrem gestrigen Versuch enttäuscht, das Hohe Haus in seiner gemeinsamen Verantwortung für unsere Soldatinnen und Soldaten zu spalten; das lassen wir nicht zu. Wir Abgeordnete stehen gemeinsam zu unserer Verantwortung; wir stehen hinter unseren Soldatinnen und Soldaten, egal ob sie in Kunduz oder am Horn von Afrika im Einsatz sind.

Die Sozialdemokratie wird ihrer Verantwortung auch dadurch gerecht, dass sie heute der Verlängerung des Atalanta-Mandats zustimmen wird. Dieser Einsatz ist nicht frei von Kritik; aber ich sehe ihn als notwendig an. Die humanitäre Situation in Somalia ist noch immer katastrophal; wir dürfen nicht wegsehen. Deswegen ist es richtig, dass wir begonnen haben, zu handeln. Atalanta ist ein Garant dafür, dass Hilfslieferungen die leidende Bevölkerung erreicht haben und die Situation auf der See stabilisiert wurde.

Die Piraterie hat allerdings kein Ende genommen. Deswegen müssen weitere Maßnahmen ergriffen werden. Lassen Sie uns also aufhören, zivile und militäri-

(C) sche Maßnahmen gegeneinanderzustellen. Der Militäreinsatz verschafft Luft zum Handeln, wenn es darum geht, zivile Maßnahmen zu ermöglichen; die militärische Präsenz schreckt ab und dämmt ein. Zur Wahrheit gehört auch, dass die organisierte Piraterie nicht in die Opferrolle gesteckt werden darf. Wo Kriminalität begangen wird, muss sie konsequent und schnell bekämpft werden.

Natürlich ist auch klar: Militärische Maßnahmen sind nicht die Lösung des Problems der Piraterie, erst recht nicht im Hinblick auf die Herausforderungen in Somalia. Ziel muss es sein, die Grundlage für eine friedliche Existenz in der Region zu schaffen. Deswegen brauchen wir eine ernsthafte politische Strategie, die Somalia eine Perspektive aufzeigt. Der Kampf gegen Hunger muss durch eigenständige Entwicklung ermöglicht werden. Der Aussöhnungsprozess in Somalia muss aktiv begleitet werden. Die Grundlagen für staatliche Strukturen in Somalia sind zu schaffen. Nur ein solch umfassender Ansatz kann dazu führen – das will ich betonen –, dass die somalische Bevölkerung eigene Verantwortung übernehmen kann.

(Beifall bei der SPD)

(D) Wir müssen mit den Anrainerstaaten an einer regionalen Sicherheitsstruktur arbeiten. Wir müssen dafür sorgen, dass sich die Anrainerstaaten aktiv an der Piratenbekämpfung beteiligen und dass sie auch aktiv daran beteiligt sind, wenn es darum geht, die Entwicklung Somalias voranzutreiben. Militärisches Engagement ist kein Ersatz für Staatlichkeit und die innere Entwicklung Somalias. Deshalb ist zu begrüßen, dass die spanische Regierung angekündigt hat, während ihrer EU-Ratspräsidentschaft eine Initiative zu ergreifen, die einen umfassenden Sicherheitsbegriff beinhaltet. Ich betone es noch einmal: Das militärische Engagement muss dazu führen, dass sich die Staaten der Region ihrer Verantwortung stellen.

Wir fordern die Bundesregierung auf, sich intensiv für die Schaffung eines internationalen Seestrafgerichtshofs einzusetzen, damit eine Verfolgung der Piraten stattfinden kann.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Straftaten begangen werden, muss sichergestellt sein, dass rechtsstaatliche Verfahren stattfinden können und auch Konsequenzen haben. Auch die Reedereien müssen wir stärker an ihre Verantwortung erinnern.

Der Atalanta-Einsatz bedeutet auch, dass wir deutschen Unternehmen helfen, indem wir zivile Schifffahrts- und Handelswege sichern, aber das darf kein Freifahrtschein für diese Unternehmen sein. Deswegen müssen wir unsere Erwartungen an die Reedereien klar und deutlich formulieren. Lassen Sie uns an die Reedereien appellieren: Ihr habt selbst an eurer Sicherheit mitzuarbeiten, mit ausreichend technischen Maßnahmen, mit ausreichend Personal und vor allem dadurch, dass ihr euch an die vorgegebenen Routen und auch an die Konvoiplanung haltet. Alle haben eine Verantwortung, wenn es darum geht, der Piraterie entgegenzutreten.

Lars Klingbeil

- (A) Deswegen müssen sich alle an die vereinbarten Spielregeln halten.

(Beifall bei der SPD)

Wie meine Vorredner gestern und heute weise ich darauf hin, dass wir diese Mission noch optimieren können. Wir haben mit OEF, Active Endeavour, Atalanta und vielen nationalstaatlichen Missionen eine Parallelität an Einsätzen, die wir besser koordinieren müssen. Wir fordern deswegen die Bundesregierung auf, dafür zu sorgen, dass zumindest eine ständige Planungskonferenz aller beteiligten Seestreitkräfte und internationalen Akteure installiert wird, um eine Verbesserung der Koordination zur Bekämpfung der Piraterie zu erreichen.

Die SPD-Fraktion wird dem Antrag der Bundesregierung zustimmen. Ich bitte Sie um die Unterstützung für unseren Entschließungsantrag. Nutzen Sie in der Regierung die breite Mehrheit hier im Parlament, aber auch international, um Atalanta in eine umfassende Sicherheitsstrategie einzubetten. Nur so kann die Piraterie bekämpft werden, nur so kann ihr der Nährboden entzogen werden, und nur so eröffnen wir Somalia eine Perspektive.

Herzlichen Dank fürs Zuhören.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

- (B) Markus Grübel hat das Wort für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Markus Grübel (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir an Piraten denken, dann kommen uns Karibik, Palmen, weiße Strände, Kokosnüsse, malerische Piratennester am Mittelmeer oder das Piratenschiff auf den Kinderspielplätzen in den Sinn. Aber mit all dem hat Piraterie überhaupt nichts zu tun. Piraterie ist ein brutales, organisiertes Verbrechen wie Drogenhandel, Menschenhandel und Schutzgelderpressung.

Piraterie gibt es so lange, wie es Seefahrt gibt. So lange es Piraterie gibt, gibt es auch die Bekämpfung der Piraterie. In den 90er-Jahren gab es ein großes Piratenproblem in der Straße von Malakka. Weil 14 asiatische Staaten gemeinsam entschlossen gegen die Piraterie angekämpft haben, konnte sie dort erfolgreich zurückgedrängt werden.

Auch am Horn von Afrika beteiligt sich eine große Zahl von Ländern an der Piratenbekämpfung, neben den Ländern der EU und NATO beispielsweise China und Russland. Dieser Antipirateninsatz ist eine sehr bemerkenswerte Koalition zur Bekämpfung dieser Form des organisierten Verbrechens. Im Grunde kann man sagen: Die gesamte Weltgemeinschaft kämpft gegen die Piraterie, mit Ausnahme der Linken im Deutschen Bundestag, die die Brisanz offensichtlich noch nicht erkennen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Jan van Aken [DIE LINKE]: Das stimmt doch nicht!)

(C)

Lassen Sie mich die zwei Kernanliegen der Mission Atalanta unterstreichen. Zum einen ist der Einsatz der deutschen Marine unter humanitären Gesichtspunkten unverzichtbar. Wir haben bereits vom ersten Redner gehört, dass die Hilfsgüter für das Welternährungsprogramm meist mit Schiffen befördert werden, die sicher somalische Häfen erreichen. Im letzten Jahr waren es mehr als 300 000 Tonnen Nahrungsmittel und andere Hilfsgüter. Damit konnten über 3 Millionen Menschen versorgt werden, die sonst möglicherweise verhungert wären.

Die Teilnahme Deutschlands ist also moralisch geboten. Aber die Operation hat auch eine wirtschaftliche Grundlage. Für eine Exportnation wie Deutschland sind freie Handelswege unverzichtbar.

(Halina Wawzyniak [DIE LINKE]: Hört! Hört!)

– Handel ist aber nichts Verbotenes, liebe Kollegen der Linken. Freie Handelswege helfen allen in der Welt. Ich weiß gar nicht, wo das Problem der Linken liegt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Von diesem freien Seehandel hängen in der Exportnation Deutschland viele Arbeitsplätze ab, und davon hängt natürlich auch unser Wohlstand ab; denn wenn wir weder Produkte importieren noch exportieren, dann können wir nichts verbrauchen und brauchen auch nichts zu produzieren.

(D)

(Niema Movassat [DIE LINKE]: Also schießen wir uns die Wege frei?)

Deutschland ist eine große Seefahrernation. Das ist den Menschen, die mit ein bisschen Abstand zur Küste wohnen, gar nicht bewusst.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Mit 3 500 Schiffen hat Deutschland die drittgrößte Handelsflotte der Welt; außerdem hat Deutschland weltweit die größte Containerflotte. Diese Zahlen machen uns die Abhängigkeit von freien Seewegen klar.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Die Mission Atalanta liegt daher in unserem ureigenen Interesse.

Es ist unbestritten, dass der militärische Einsatz auf See begleitet und durch politische Maßnahmen langfristig überflüssig gemacht werden muss. Aber auch dabei hilft diese Mission: Jeder von Piraten erpresste Euro, der nach Somalia fließt, macht die Lage dort instabil; denn jeder, der dadurch sein Geld verdient – ich meine nicht die Piraten, die armen Handlanger, sondern die Hintermänner, die reich werden –, hat überhaupt kein Interesse an stabilen Verhältnissen in Somalia. Jeder durch Piraterie erpresste Euro destabilisiert die Lage im Land, macht die Menschen arm und ist letztendlich die Grundlage des

Markus Grübel

- (A) Hungers und der Gewalt in Somalia. Auch darum brauchen wir diese Mission.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Daher unterstützen wir selbstverständlich alle Maßnahmen und Bemühungen der internationalen Gemeinschaft, die den Aufbau legitimer staatlicher Strukturen in Somalia befördern.

Zum Schluss möchte ich an die Besatzung erinnern, an die Männer und Frauen, die dort ihren Dienst tun. Zurzeit ist die Fregatte „Bremen“ vor Ort. Ich möchte aber auch an die Familien der Soldatinnen und Soldaten erinnern und ihnen danken. Im Grunde fahren die Frauen der Soldaten, die Männer der Soldatinnen und ihre Kinder mit in den Einsatz. Auch sie sollten wissen, dass wir ihnen danken und an sie denken.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Herr Minister, wir sollten darüber nachdenken, die Anerkennung der Leistungen der Soldatenfamilien auszuweiten. Bei der Marine bedeutet ein Einsatz häufig mehr als ein halbes Jahr Abwesenheit von der Familie. Wenn das Schiff, das die Fregatte ablösen soll, irgendein Problem hat, dauert ein Einsatz schnell noch einen Monat länger. Die Familien machen das mit. Wer zur See fährt, weiß, dass er länger abwesend ist. Trotzdem sollten wir hier eine Anerkennungskultur schaffen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

- (B) Lassen Sie uns diesen wichtigen Einsatz mit großer Mehrheit verlängern. An die Linken gerichtet, sage ich: Überlegen Sie noch einmal, ob Ihre Position wirklich richtig ist.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Joachim Spatz [FDP]: Die wissen, dass sie falsch ist!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Christine Buchholz hat das Wort für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Christine Buchholz (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In ihrem Antrag beklagt die Bundesregierung die fehlende Staatlichkeit in Somalia;

(Joachim Spatz [FDP]: Sie nicht?)

das war schon in vielen bisherigen Beiträgen Thema. Fehlende Staatlichkeit ist die Folge genau jener neoliberalen Weltwirtschaftsordnung,

(Zurufe von der CDU/CSU und der FDP: Ah!)

die Sie laut Koalitionsvertrag mit Ihrer Außen- und Verteidigungspolitik absichern wollen.

Die Weltwirtschaftskrisen der 70er- und 80er-Jahre und die Zins- und Schuldenpolitik des Westens haben Somalia ökonomisch ruiniert und politisch destabilisiert. Die vom Internationalen Währungsfonds durchgesetzten Strukturanpassungsprogramme haben zu Massenentlassungen im öffentlichen Dienst Somalias geführt. Erst dadurch ist die Küstenwache aufgelöst worden, die Sie nun wieder aufbauen wollen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die ehemaligen Polizisten stellten neben ehemaligen Fischern in den letzten 20 Jahren den Hauptteil der Piraten.

Es waren westliche Interventionen, bis hin zum direkten US-Einmarsch, die einen Bürgerkrieg angeheizt haben, der bis heute anhält.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU/CSU – Erich G. Fritz [CDU/CSU]: Das ist ja unglaublich!)

Als sich ab dem Jahr 2000 eine Staatlichkeit zu entwickeln begann, haben europäische Regierungen alles getan, um diese zu zerstören; denn sie befürchteten, dass der neue Staat unter den Einfluss von China und Iran geraten könnte.

(Philipp Mißfelder [CDU/CSU]: Wo haben Sie das denn her?)

Deshalb verbündeten sich die Europäer mit den Warlords. Zu diesem Zweck unterstützte auch die Bush-Regierung 2006 die äthiopische Invasion. Dabei sind 40 000 Somalis getötet worden, und es gab keinen Aufschrei der Empörung seitens der Bundesregierung.

(Beifall bei der LINKEN)

Ihnen geht es nicht um Staatlichkeit als solche. Die Staatlichkeit soll prowestlich sein, und wenn das gegen den Willen der Bevölkerung durchgesetzt werden muss, dann sind Sie wieder einmal bereit, mit verbrecherischen Warlords zusammenzuarbeiten, wie auch in Afghanistan.

(Beifall bei der LINKEN – Volker Kauder [CDU/CSU]: Das ist ja unglaublich!)

Somalia ist Spielball der Interessen der Weltmächte. Kurt Bodewig von der SPD hat als Maritimer Botschafter der Europäischen Union kürzlich betont, die wirtschaftliche Bedeutung der Region könne daran gemessen werden, dass es sich um einen der meistbefahrenen Seewege der Welt handele, über den die Hälfte der weltweiten Öllieferungen transportiert werde. Die Leidtragenden sind die Menschen in Somalia. Die Arbeit der humanitären Hilfsorganisationen in Somalia ist wichtig. Ich zolle deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Respekt, die unter schwersten Bedingungen ihre Arbeit machen, auch zu Weihnachten und weit weg von zu Hause.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf von der CDU/CSU: Glauben Sie eigentlich das, was Sie da sagen?)

Aber die Entwicklungs- und Hilfsorganisationen lesen nur die Scherben auf, die andere verursacht haben. Die Urheber dieser Scherben sind dieselben, die nun die Ar-

Christine Buchholz

- (A) beit der Hilfsorganisationen zum Vorwand nehmen, ihre eigenen Interessen durchzusetzen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn es Ihnen nur um den Schutz der Nahrungstransporte gehen würde, würden Sie kleine Gruppen von Bewaffneten die Schiffe schützen lassen. Das macht zum Beispiel die französische Regierung, um französische Thunfisch-Trawler zu schützen. Aber Ihnen geht es um etwas ganz anderes. Vielleicht geht es Ihnen darum, die neue Form der internationalen Seekriegsführung zu testen, besonders die Koordination von Luft-, Land- und Seestreitkräften aus verschiedenen Ländern.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Genau! Genau!)

Ist das auch der Grund dafür, dass der Europäische Rat jüngst beschlossen hat, die Zusammenarbeit zwischen der Operation Atalanta und der Operation Enduring Freedom zu intensivieren?

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Sagen Sie das noch einmal!)

Im Strategiepapier der deutschen Marine *Zielvorstellung Marine 2025+* heißt es – ich zitiere –:

Eine sich absehbar verschärfende Konkurrenz um den Zugang zu Rohstoffen und anderen Ressourcen erhöht das zwischenstaatliche Konfliktpotential. Konventionelle, reguläre Seestreitkräfte regionaler Mächte können dabei den freien und ungehinderten Welthandel als Grundlage des deutschen und europäischen Wohlstands ebenso gefährden wie kriminelle oder terroristische Bedrohungen der maritimen Sicherheit.

(B)

Das ist, mit Verlaub, eine neue Umschreibung der alten kolonialen Kanonenbootpolitik.

(Beifall bei der LINKEN – Lachen bei der FDP)

Sie betreiben die Militarisierung der deutschen Außenpolitik. Sie betreiben die Militarisierung der Europäischen Union. Daran werden wir uns nicht beteiligen, egal in welchem humanitären Gewand Sie daherkommen.

(Otto Fricke [FDP]: Ihnen ist das alles egal!)

Deshalb lehnt die Linke Atalanta ab.

(Beifall bei der LINKEN – Joachim Spatz [FDP]: Deshalb nicht! – Volker Kauder [CDU/CSU]: Aber sie hat so schöne rote Bäckle!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Jetzt hat Kerstin Müller das Wort für Bündnis 90/Die Grünen.

Kerstin Müller (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Buchholz, wenn die Welt so einfach wäre ...

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

(C) Ich dachte, die Zeit der K-Gruppen hätten wir hinter uns gelassen; aber ich fühlte mich ein Stück weit zurückversetzt.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Sehr gut! – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nicht nur ein Stück weit! – Joachim Spatz [FDP]: 19. Jahrhundert!)

Da war ich noch ein bisschen jung, aber gut.

Meine Fraktion wird der Verlängerung des Bundeswehreinsetzes jedenfalls mit großer Mehrheit zustimmen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Zurufe von der LINKEN)

Wir meinen im Gegensatz zu Ihnen, meine Damen und Herren von der Linken – ich versuche doch noch einmal, zu argumentieren –: Man muss das eine tun, ohne das andere zu lassen. Ich ziehe einmal einen Vergleich zur Innenpolitik: Selbst Sie sind dafür, dass es mehr Polizei auf der Straße gibt, und fordern gleichzeitig

(Jan van Aken [DIE LINKE]: Aber Sie schicken Militär und keine Polizei! Sie haben den Unterschied nicht verstanden!)

– hören Sie doch einmal zu! –, dass man die Ursachen von Kriminalität weiter bekämpft. Genau darum geht es hier. Im Grunde geht es um einen quasipolizeilichen Einsatz, der mit Soldaten durchgeführt werden muss. Atalanta ist notwendig, um die Piraterie einzudämmen und um die humanitäre Versorgung der Menschen in Somalia sicherzustellen. Niemand behauptet, dass man mit diesem Einsatz die Ursachen der Piraterie, die an Land zu suchen sind, bekämpfen kann.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Wir müssen beides tun: die Kriminalität *und* die Ursachen an Land bekämpfen.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Sehr gut!)

Die Piraterie ist ganz klar ein Ergebnis dauerhafter Armut und fehlerhafter Staatlichkeit in Somalia, nicht zuletzt deshalb, weil dort seit 1991 ein Bürgerkrieg tobt und die humanitäre Lage verheerend ist. Die UNO spricht von 3,7 Millionen Hilfsbedürftigen und 1,5 Millionen Binnenvertriebenen, also vom größten humanitären Krisengebiet weltweit. Daran konnte auch die schwache Übergangsregierung unter Sheikh Sharif nichts ändern.

Ich möchte an dieser Stelle den internationalen Helfern, die dort in einer sehr schwierigen Lage Hilfe leisten und immer wieder massiven Angriffen, gerade von Islamisten, ausgesetzt sind, im Namen des Hauses danken. Sie leisten dort eine sehr schwierige Arbeit, die allerdings überaus wichtig ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

(C)

(D)

Kerstin Müller (Köln)

- (A) Ich meine trotzdem, dass sich Deutschland und die Europäische Union hinter diesem Piraterieeinsatz nicht verstecken dürfen. Unsere Interessen dürfen nicht nur dem freien Handel gelten, sondern wir müssen die Menschen in Somalia in den Mittelpunkt unserer Politik stellen. Da gibt es einiges zu kritisieren. So haben zum Beispiel alle Staaten, auch Deutschland, auf der internationalen Geberkonferenz in Brüssel im Mai 2009 Somalia viel versprochen, bisher aber leider nur wenig gehalten.

Ich will ein Beispiel nennen. Nur etwa 30 Prozent der international zugesagten Finanzmittel für AMISOM, für die Mission der Afrikanischen Union, sind dort bis heute angekommen. Seit April dieses Jahres erhalten die AMISOM-Soldaten keinen Sold mehr. Ich glaube, ich muss Ihnen nicht erklären, was das bedeutet. An die Bundesregierung gerichtet, sage ich ganz klar: So geht das nicht. Zusagen muss man einhalten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Heidemarie Wieczorek-Zeul [SPD])

Wenn man die Afrikanische Union stärken will, dann ist so etwas ein verheerendes Signal.

Fest steht auch: Militär und Polizei können Friedensprozesse bestenfalls unterstützen und Zeitfenster für die zivile Krisenbewältigung schaffen, nicht aber den Frieden selbst. Diese Erkenntnis hat sich meines Erachtens weder in Berlin noch in Brüssel noch in der Somalia-Kontaktgruppe wirklich durchgesetzt. Für eine nachhaltige Bekämpfung der Ursachen der Krise in Somalia reicht es nicht aus, die schwache Übergangsregierung und AMISOM als ihren Beschützer zu unterstützen.

- (B) Was brauchen wir? Nachhaltige Ursachenbekämpfung verlangt, dass sich die internationale Gemeinschaft als ehrlicher und neutraler Friedensmakler einsetzt. Hier könnte Deutschland übrigens, auch was Äthiopien und Eritrea betrifft, eine wichtige Rolle spielen. Deutschland könnte dazu beitragen, dass in Somalia lokale Clanchefs, die Führungseliten von Somaliland und Puntland und die Zivilgesellschaft mit starken Frauengruppen für einen Versöhnungsdialog gewonnen werden. AMISOM muss vor allem die Menschen schützen und darf nicht nur die Übergangsregierung verteidigen.

Nachhaltige Politik verlangt auch, dass die Finanzströme von Piraten und al-Schabab ausgetrocknet werden, dass man dem Waffenschmuggel einen Riegel vorschiebt und – hier stimme ich Ihnen zu, Herr Außenminister – dass der Rechtsstaatsaufbau in Somalia intensiv unterstützt wird. Sie haben gesagt: Der Rechtsstaat ist wichtig. Ich füge hinzu: Vom Rechtsstaatsaufbau alleine werden die Menschen nicht satt. Deshalb muss weiterhin Ursachenbekämpfung betrieben werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Als eine Ursache der Piraterie müssen wir die Armut bekämpfen. Darüber hinaus müssen wir die humanitäre Grundversorgung sichern, Alternativen zur Einkom-

- (C) mensquelle Piraterie erschließen und endlich auch die illegale Raubfischerei an der Küste Somalias wirksam bekämpfen. Ich habe die ganz klare Erwartung an die EU-Kommission, dass sie hier handelt.

Ein weiterer Punkt, der mir sehr wichtig ist. Wir brauchen einen regionalen Lösungsansatz für das Horn von Afrika. Die Europäische Union hat jetzt zwar eine Gesamtstrategie beschlossen, aber diese Strategie wird, so fürchte ich, ein Papiertiger bleiben. Unsere Erwartung ist, dass die Bundesregierung und alle Staaten der EU sagen, was sie zu tun bereit sind, um diese Strategie mit Leben zu füllen. Ich glaube, nur so können wir zeigen, dass es uns um die Menschen geht und nicht nur um die Handelswege.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Eine letzte Anmerkung, und zwar zur EU-Ausbildungsmission – mein Vorredner hat sie angesprochen –: Mich hat erstaunt, dass sich der Außenminister dazu gestern im Plenum sehr positiv geäußert hat. Ich will Ihnen klar sagen: Wenn man nicht sicherstellen kann, dass dann die gut ausgerüsteten und ausgebildeten Sicherheitskräfte nicht zu den Piraten und den gewaltbereiten Islamisten überlaufen, dann darf es von deutscher Seite für die EU-Ausbildungsmission, die ein französisches Projekt ist, keine Zustimmung geben. Das wird dann keinen Erfolg haben.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

- (D) Ich glaube, dass die Bundesregierung in ihrer Somalia-Politik nach wie vor zu viel auf Sicherheit und zu wenig auf politische Lösungen setzt. Die Menschen in Somalia brauchen Aussöhnung, sie brauchen Perspektiven, aus der Armut zu kommen. Wenn Atalanta Sinn machen soll, dann müssen wir diese eklatante Schiefelage der Politik korrigieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Zu einer Kurzintervention erteile ich das Wort dem Abgeordneten Guido Westerwelle.

Dr. Guido Westerwelle (FDP):

Frau Kollegin Müller, ich möchte mich zunächst einmal dafür bedanken, dass die Grünen dem Antrag der Bundesregierung mehrheitlich zustimmen werden.

Als Abgeordneter, der gewissermaßen relativ neu in Verantwortung ist, möchte ich darauf hinweisen, dass manche Kritikpunkte, die Sie zu Recht angebracht haben, durch die neue Beschlussfassung des Mandats ausgeräumt werden.

Sie haben darüber gesprochen, was im Zusammenhang mit AMISOM zu tun sein wird, zum Beispiel dass Bezahlung notwendig ist. Das steht in der Begründung des Antrags genau so drin. Ich bitte das Hohe Haus auch, zur Kenntnis zu nehmen, dass das Auswärtige Amt kurz-

Dr. Guido Westerwelle

- (A) fristig 1,5 Millionen Euro zugesagt hat und einzahlen wird. Schneller kann eine Regierung nicht handeln.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie sind doch jetzt gerade Abgeordnete!)

Ich möchte zum Zweiten darauf aufmerksam machen – es ist mir wichtig, dass alle Kolleginnen und Kollegen das hier noch einmal hören, weil das ja ein wichtiger Einsatz ist –, dass ich im Auswärtigen Ausschuss mitgeteilt habe,

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Nicht Sie, der Außenminister!)

dass wir allein jetzt 6,2 Millionen Euro für somalische Partnerorganisationen und humanitäre Hilfe bereitstellen. Das ist in die Begründung dieses Antrags aufgenommen worden. Es ist also eine Menge getan worden.

Wenn hier der Eindruck erweckt wird, wir hätten nur das Militärische im Sinn und würden nicht an das Humanitäre gehen und würden nicht an die Ursachen der Entwicklung gehen, möchte ich das als Abgeordneter der neuen Regierungskoalition nicht stehen lassen. Ich möchte ausdrücklich sagen, Frau Kollegin: Wir haben beides genau im Blick, weil wir wissen, dass das Militärische und das Zivile, das Humanitäre, Hand in Hand gehen müssen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

- (B) **Vizepräsidentin Petra Pau:**
Sie haben das Wort zur Erwidering, wenn Sie wollen.

Kerstin Müller (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Abgeordneter Westerwelle, ich habe den Antrag der Bundesregierung natürlich sehr genau gelesen, weil ich beabsichtige, ihm zuzustimmen.

Ich habe nicht verneint, dass für die AMISOM Mittel bereitgestellt werden. Im Gegenteil: Ich habe in meiner Rede gesagt, dass eine Geberkonferenz stattgefunden hat, auf der alle Staaten, auch Deutschland, etwas zugesagt haben. Nur, es gibt ein Problem bei der AMISOM: Seit April erhalten die Soldaten keinen Sold mehr. Was glauben Sie, was das bedeutet?

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Das dürfen Sie mich nicht fragen!)

Die werden entweder überlaufen, oder das Projekt AMISOM – das diskutiert man ja schon in den Vereinten Nationen – wird über kurz oder lang zu Ende sein. Dann wird dort gar nichts mehr sein zur Stabilisierung. Es wird auch darüber diskutiert, wie die AMISOM in eine UN-Mission übergehen könnte. Da traut sich aber keiner ran, weil es schwierig ist.

Ich behaupte gar nicht, dass es einfache Lösungen gibt. Ich sage aber – auch Herr Fischer weiß das als Afrika-Politiker –: Wir sind auf die Probleme am Horn von Afrika, auf die Probleme in Somalia, auf die Probleme, die zum Beispiel von Äthiopien herrühren, erst aufmerk-

sam geworden, als unsere Handelswege bedroht waren. Äthiopien ist ein zentraler, strategisch wichtiger Staat am Horn von Afrika. Sie werden das als Außenminister noch kennenlernen: Es gibt kaum ein Land in der Welt, das so gute Beziehungen zu Äthiopien hat. Warum nutzen wir diese Beziehungen nicht, um positiv Einfluss zu nehmen, um den Äthiopiern klarzumachen, dass sie – was sie bis heute nicht machen – eine strategisch positive Rolle am Horn von Afrika spielen müssen? Viele Punkte wären hier anzusprechen. Worauf ich hinauswill: Wir wissen, dass das, was dort in der Region passiert, erst wahrgenommen wurde, als unsere Handelswege und die Schiffe des World Food Programme bedroht waren. Das war zu spät. Wir müssen uns jetzt den Ursachen zuwenden. Wir müssen gemeinsam mit den Partnern der internationalen Gemeinschaft versuchen, mit einer Gesamtstrategie für das Horn von Afrika die Ursachen anzugehen. Ich erwarte und hoffe, dass Deutschland hier eine Rolle spielt. Wir werden dort nämlich als möglicher wichtiger Partner gesehen. Das war mein Appell. Ich hoffe, dass die Bundesregierung das so machen wird.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Hartwig Fischer für die Unionsfraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Hartwig Fischer (Göttingen) (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hoffe, dass solche Kurzinterventionen nicht dazu führen, dass der außerordentlich positive Einsatz von Atalanta und das, was unsere Soldatinnen und Soldaten dort leisten, zerredet werden. Dieser Einsatz ist dringend notwendig.

Frau Buchholz, ich habe eben in unser vorläufiges Abgeordnetenhandbuch gesehen und gelesen, Sie sind wissenschaftliche Mitarbeiterin gewesen. Ich kann nur sagen: Es ist enttäuschend. Ich glaube, wir können erwarten, dass Sie sich mit der Geschichte des Landes, um das es geht, und mit den Realitäten vorher beschäftigen und sich keine Sozialromantik aufbauen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU –
Christine Buchholz [DIE LINKE]: Das ist eine Frage des Standpunktes!)

Wenn Sie sich mit der Geschichte beschäftigen, dann wissen Sie, dass sowjetische Truppen dort gewesen sind, um Barre zu unterstützen, dann wissen Sie, dass er die sowjetischen Truppen und 6 000 Berater herausgeschmissen hat, dann wissen Sie, dass sich dort Rechtlosigkeit aufgebaut hat, und dann haben Sie gesehen, dass es einen UN-Einsatz gegeben hat, von dem man leider sagen muss, dass er gescheitert ist, und dass danach absolute Rechtlosigkeit für die Menschen herrschte. Es hat eine Hungerkatastrophe und eine humanitäre Katastrophe gegeben. Danach hat es einen erneuten Einsatz – AMISOM – gegeben, mit dem man versucht hat, die-

Hartwig Fischer (Göttingen)

- (A) ses Meucheln im Land zu unterbinden. In dieser Situation ist die Piraterie hinzugekommen.

Es geht nicht um die Weltwirtschaftskrise, die sich auf manche Entwicklungsländer auswirkt,

(Christine Buchholz [DIE LINKE]: Das habe ich nicht gesagt!)

sondern es geht um das pure Verbrechen im Rahmen der organisierten Kriminalität, mit dem bestimmte Gruppierungen versuchen, Geld zu bekommen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie des Abg. Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Unter den Auswüchsen leiden inzwischen auch die Nachbarstaaten wie Kenia, in denen diese Gelder – zum Beispiel in Nairobi – angelegt werden, indem gesamte Straßenzüge gekauft werden, um daraus wieder einen Profit zu erzielen. Wenn dies, wie von Ihnen geschildert, Piraten in Robin-Hood-Manier wären, dann würden sie das Geld doch anlegen, um den Menschen in ihrem eigenen Land zu helfen, und nicht, um Waffen, neue Schiffe und Ähnliches zu kaufen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Christine Buchholz [DIE LINKE]: Hören Sie zu! Das habe ich nicht gesagt!)

Meine Damen und Herren, wer eine solche falsche Analyse erstellt, der handelt auch falsch.

(Christine Buchholz [DIE LINKE]: Das gilt für Sie genauso!)

- (B) Das, was die Linke hier betreibt – Herr Liebich hat im Ausschuss ja ähnlich argumentiert –, ist für mich militanter Pazifismus,

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

das ist Verantwortungslosigkeit in der Außenpolitik, das ist Verantwortungslosigkeit in der Entwicklungspolitik, und das ist Verantwortungslosigkeit gegenüber den Menschen, die in diesem Land täglich leiden.

Am 3. Dezember dieses Jahres – daran wird doch die grauenhafte Situation dort deutlich – hat man nicht nur drei Minister in die Luft gesprengt, sondern man hat auch 19 Medizinstudenten, die dort waren und gerade ihren Abschluss dort gemacht hatten, mit in die Luft gesprengt. Die Verantwortlichen dafür sind diejenigen, die versuchen, dieses Land zu destabilisieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Atalanta ist eine humanitäre Operation. Der Kollege Grübel hat darauf hingewiesen: 300 000 Tonnen Lebensmittel konnten im Rahmen des World Food Programme dorthin geliefert und unter dem Schutz von AMISOM zu großen Teilen verteilt werden. Das bedeutet das Überleben von 3,5 Millionen Menschen. Und Sie gehen einfach darüber hinweg und sagen: kein Militär! Wie sollen die Entwicklungshelfer in Zukunft dort überhaupt aufbauen können, wenn für sie keine Sicherheit geschaffen wird?

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Christine Buchholz [DIE LINKE]: Militär

- bringt keine Sicherheit für Entwicklungshelfer! – Gegenruf des Abg. Volker Kauder [CDU/CSU]: Sie haben sich schon genug blamiert! Seien Sie einmal ruhig!)

(C)

Die Menschen dort leben mit Rechtlosigkeit und ohne jede Chance, von irgendeiner Seite außer von AMISOM unterstützt zu werden. Es gilt in diesem Staat das Recht des Stärkeren oder der stärkeren Gruppe und das Recht desjenigen, der in diesem Staat Waffen besitzt. Auch deshalb ist die Operation Atalanta in Verbindung mit AMISOM wichtig, um diesen Staat langfristig wieder aufzubauen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Frau Buchholz, deshalb erwarte ich von gewählten Parlamentarierinnen und Parlamentariern einfach, dass sie einen solchen humanitären Einsatz nicht einfach aus ideologischen Gründen ablehnen. Deshalb sage ich: Die Begleitmaßnahmen sind richtig, und die Ausbildung von 1 000 somalischen Polizisten in Äthiopien ist ein weiterer Schritt auf dem Weg zur Stabilisierung in Somalia.

Ich bedanke mich bei allen, die diesem Mandat zustimmen. Wenn Sie heute nicht zustimmen, dann hoffe ich, dass Sie sich einmal in Äthiopien und in Dschibuti informieren. Oder gehen Sie auch einmal nach Somaliland, wo Sie sich derzeit unter bestimmten Sicherheitsbedingungen bei den Menschen vor Ort informieren können. Dann sehen Sie das Elend, und dann sehen Sie, wie dankbar die Menschen für das sind, was gemeinsam getan wird.

- (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Dr. Barbara Hendricks [SPD])

(D)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die SPD-Fraktion spricht nun die Kollegin Karin Roth.

(Beifall bei der SPD)

Karin Roth (Esslingen) (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Um es vorwegzunehmen: Die SPD-Bundestagsfraktion stimmt der Verlängerung der EU-geführten Operation Atalanta zur Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Somalias zu.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Es wäre noch besser, wenn nicht nur wir dem Antrag der Bundesregierung zustimmen würden, sondern wenn gleichzeitig die Regierungskoalition auch dem vorliegenden Entschließungsantrag der SPD zustimmen könnte.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Volker Kauder [CDU/CSU]: Das geht leider nicht!)

– Ich weiß, Herr Kauder, dass das ein bisschen viel verlangt ist. Aber es wäre richtig.

Karin Roth (Esslingen)

- (A) Wie notwendig dieser Einsatz im letzten Jahr war, zeigen auch die Piratenüberfälle, die in der ersten Jahreshälfte von 114 auf 240 weltweit zugenommen haben. Insbesondere haben die Piratenangriffe im Golf von Aden zugenommen. Viele Schiffe, die den Golf von Aden durchqueren wollten, wurden im vergangenen Jahr erheblich bedroht. Dazu gehören auch die deutschen Schiffe. Ohne die militärische Hilfe hätten sie nicht sicher durchkommen können.

Wichtig war aber nicht nur, die Schiffe der internationalen Handelsflotte zu sichern, sondern vor allen Dingen, durch die erhöhte maritime Präsenz die Nahrungsmittellieferung im Rahmen des Welternährungsprogramms für 3,3 Millionen Menschen in Somalia zu gewährleisten. Das ist ebenso wichtig, und deshalb ist dieser Einsatz vor Ort notwendig. 300 000 Tonnen Lebensmittel wurden nach Somalia transportiert. Mit dieser Aktion wurden Menschenleben gerettet.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Denn die humanitäre Situation in Somalia ist weiterhin katastrophal. Ohne die Nahrungsmittel aus dem Ausland würden Millionen Menschen verhungern.

- (B) Es ist ausdrücklich zu begrüßen, dass das Auswärtige Amt Mitte Oktober unter Führung des damaligen Außenministers Steinmeier eine Soforthilfe von 4 Millionen Euro veranlasst hat. Heute hat die EU-Kommission weitere 50 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, um die Katastrophe am Horn von Afrika zu bekämpfen und dem Hunger in dieser Region zumindest einigermaßen zu begegnen. Dafür danken wir auch der Europäischen Kommission.

(Beifall bei der SPD)

Es geht darum, dass diese Menschen vor Ort Hilfe bekommen, und es geht vor allen Dingen darum, dass diese Hilfe auch ankommt. Ich denke, es ist gut, dass das alles geleistet wird. Aber gleichzeitig ist eine gemeinsame EU-Strategie notwendig, die sich nicht nur auf die humanitäre Hilfe beschränkt, sondern wir brauchen eine politische Strategie zum Aufbau der staatlichen Strukturen.

Die Piraterie wird nur dann effizient bekämpft, wenn die Piraten einerseits verfolgt werden, wie das Beispiel Kenia zeigt, aber andererseits auch die Staatlichkeit in diesem Land wiederhergestellt wird und die organisierte Kriminalität aufhört. Das heißt, wir müssen Möglichkeiten schaffen, die organisierte Kriminalität zu zerschlagen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Volker Kauder [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

In dem Entschließungsantrag der SPD wird daher zu Recht darauf hingewiesen, dass der Aufbau legitimer, staatlicher Institutionen in Somalia dringend notwendig ist, um die Rechtssicherheit und die Strafverfolgung gewährleisten zu können.

Der politische Prozess des Aufbaus der Staatlichkeit muss vorangebracht werden, indem die bilaterale Aus-

- (C) bildung von Polizisten ebenso unterstützt wird wie die Aussöhnung des vom Bürgerkrieg gekennzeichneten und geplagten Landes.

Wir brauchen also einen ganzheitlichen Ansatz der Hilfe zur Selbsthilfe.

Dazu gehört vor allen Dingen die Sicherung der Lebensgrundlagen der Menschen in Somalia. Wenn nach Angaben der UNO Somalia jährlich 320 Millionen Dollar durch illegale Fischerei verliert, dann müssen wir versuchen, die illegale Fischerei in dieser Region zum Thema zu machen und zu bekämpfen. Es ist gut und richtig, dass die Erarbeitung eines Fischereiabkommens seitens der EU – auch mit unserer Unterstützung – vorankommt; denn es geht nicht nur um humanitäre Hilfe, sondern auch um wirtschaftliche Möglichkeiten, die diesem Land bisher nicht gegeben werden. Die illegale Fischerei vor Ort muss daher aus unserer Sicht sanktioniert werden.

(Beifall bei der SPD – Volker Kauder [CDU/CSU]: Genau!)

- (D) Es ist gar keine Frage, die Entwicklungszusammenarbeit ist notwendig. Herr Minister Niebel, Sie müssen sich den damit verbundenen Fragen stärker zuwenden. Der Etat für die Entwicklungszusammenarbeit enthält leider nicht die notwendigen Mittel, die Sie so großspurig angekündigt haben. Von den von Ihnen geforderten zusätzlichen 300 Millionen Euro sind gerade einmal 44 Millionen Euro übrig geblieben. Ich hätte mir gewünscht, dass Sie das auf internationaler Ebene und im Rahmen der Europäischen Union verabredete Ziel, 0,51 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe einzusetzen, im Etat 2010 durchgesetzt hätten. Das ist Ihnen nicht gelungen. Sie sind grandios gescheitert.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollegin Roth, achten Sie bitte auf die Zeit.

Karin Roth (Esslingen) (SPD):

Ich wünsche mir, dass Sie in den bevorstehenden Etatberatungen nachlegen, damit die Glaubwürdigkeit unserer Entwicklungspolitik nicht schon von Anfang an durch Sie infrage gestellt wird.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weiß sehr wohl, dass der eine oder die andere noch Mangel an Tischen und Stühlen im Büro verspürt. Allerdings ist hier im Plenarsaal für jede Kollegin und für jeden Kollegen eine Sitzgelegenheit vorhanden. Ich bitte Sie, diese zu nutzen, damit wir auch dem letzten Redner in dieser Debatte mit Respekt folgen können. Dann kommen wir zu einer namentlichen Abstimmung

Das Wort hat der Kollege Thomas Silberhorn für die Unionsfraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

(A) Thomas Silberhorn (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich finde es erfreulich, dass in dieser Debatte sehr deutlich geworden ist, welche Ziele wir am Horn von Afrika vor Somalia verfolgen. Ich kann nur eindringlich vor jedem Versuch einer Heroisierung der Piraterie warnen, so wie sie uns einst in Kinder- und Jugendbüchern begegnet ist. Wir haben es mit schwerer Kriminalität zu tun, die eine Herausforderung für die gesamte internationale Gemeinschaft darstellt. Wir sind vor Ort, weil wir das gewichtige humanitäre Ziel verfolgen, die Ernährung der Bevölkerung von Somalia sicherzustellen. Das wäre ohne eine Sicherung der Seewege für die Schiffe des Welternährungsprogramms nicht machbar.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ja, wir sind natürlich auch vor Ort, um unsere ökonomischen Interessen zu vertreten. Wir sind die größte Exportnation, eine der wichtigsten Handelsnationen und eine der größten Schifffahrtsnationen der Welt. Wer, wenn nicht wir, muss sich dafür einsetzen, dass die Freiheit der Handelswege und die Sicherheit der Seewege gewährleistet sind. Deswegen ist es richtig, dass wir auch militärische Mittel für ökonomische Zwecke einsetzen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

(B) Die Mission Atalanta leistet einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der Lage am Horn von Afrika. Wir stehen hier nicht alleine. Viele Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind beteiligt. Die NATO ist vor Ort. Das OEF-Mandat wird unter Führung der USA eingesetzt. Auch zahlreiche nationale Marinekräfte sind vor Ort. Wir sollten uns allerdings darum bemühen, die Vielzahl der Akteure möglichst gut und vielleicht auch besser als bisher zu vernetzen und zu koordinieren. Dass es mittlerweile – auch unter Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland – eine internationale Kontaktgruppe gibt, in der sich mittlerweile 44 Staaten in der Pirateriebekämpfung engagieren, ist ein erfreuliches Zeichen. Es wäre schön, wenn wir bei der Mandatierung zu einer besseren Koordinierung unter dem Dach der Vereinten Nationen kämen. Immerhin hat der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen dieses Atalanta-Mandat direkt erteilt. Wir sind vor Ort, weil die somalische Übergangsregierung ausdrücklich darum gebeten hat und uns der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen diesen Auftrag erteilt hat. Das zeigt: Atalanta ist in einen stabilen internationalen Rahmen eingebettet. Wir dienen damit also nicht nur unseren nationalen wirtschaftlichen Interessen oder den humanitären Interessen dieses Landes, sondern Atalanta ist auch Ausdruck der internationalen Verantwortung, der wir uns hier stellen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Die Bilanz nach diesem ersten Jahr Atalanta fällt durchweg positiv aus. Die Zahl der Piratenangriffe – das ist schon angesprochen worden – ist insgesamt spürbar zurückgegangen. Alle Schiffe des Welternährungspro-

gramms haben ihre Zielhäfen in Somalia sicher erreicht. **(C)** Damit ist die Hauptaufgabe dieser Mission in vollem Umfang erfüllt worden. Ich möchte aber schon erwähnen, dass es eine gewisse Mitverantwortung anderer beteiligter Akteure vor Ort gibt. Das betrifft insbesondere die Reeder und die Forderung, dass sie die Durchfahrt ihrer Schiffe melden und dass sie sich den Konvois, die von Atalanta begleitet werden, anschließen. Hier muss die Eigenverantwortung der Reeder weiter eingefordert werden. Es ist erstaunlich, wie mutig sich viele Touristen am Horn von Afrika bewegen. Jedes Jahr sind es allein aus Deutschland mehrere Tausend, die auf zivilen Kreuzfahrtschiffen durch den Golf von Aden fahren. Dazu kann ich nur sagen: Eine solche Selbstgefährdung ist zwar nicht strafbar, aber sie ist auch nicht klug. Ich wünsche mir hier weniger Abenteuerertum und mehr Verantwortlichkeit.

Wir haben mit der Pirateriebekämpfung natürlich nur an den Symptomen gearbeitet und nicht die Wurzeln des Übels beseitigt. Die Wurzeln liegen nämlich zu Land, und deswegen ist dieses militärische Vorgehen nur als Teil eines politischen Gesamtansatzes sinnvoll. Wir müssen für den Aufbau der staatlichen Strukturen in Somalia einen Beitrag leisten. Das tut Deutschland genauso wie die Europäische Union insgesamt. Allein bis 2013 stellt die Europäische Union 215 Millionen Euro an Entwicklungshilfe bereit. Allein 2008 waren es weitere 46 Millionen Euro an humanitärer Soforthilfe. Auch das Auswärtige Amt und das BMZ stellen Hilfe bereit und engagieren sich in der Ausbildung und Ausrüstung von somalischen und afrikanischen Polizisten. Sie engagieren sich auch bei der Überwachung und Verwaltung des Fischfangs. Das zeigt: Atalanta ist Teil eines umfassenden Gesamtansatzes von nicht nur militärischen, sondern auch zivilen Mitteln. **(D)**

Ich halte es für einen richtigen Ansatz, dass die Europäische Union nun eine Ausbildungsmission startet. Über die Einzelheiten wird man sich unterhalten müssen. Aber die Zielsetzung, dass somalische Sicherheitskräfte in die Lage versetzt werden, selbst für den Schutz vor Piraterie zu sorgen, ist richtig. Insoweit haben wir noch einiges an Arbeit vor uns. Deswegen ist es richtig und notwendig, dass Atalanta weiter ein Bestandteil dieses gesamtpolitischen Ansatzes bleibt. Ich bitte um Ihre Unterstützung und Zustimmung.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der Bundesregierung zur Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Operation Atalanta. Mir liegt eine Erklärung des Kollegen Sven Christian Kindler nach § 31 unserer Geschäftsordnung vor und eine Erklärung der Kollegen Hans-Christian Ströbele, Sylvia Kotting-Uhl, Monika Lazar, Beate Müller-Gemmeke, Winfried Hermann, Dorothea Steiner und

Vizepräsidentin Petra Pau

- (A) Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn ebenfalls gemäß § 31 unserer Geschäftsordnung. Wir nehmen sie entsprechend unserer Vereinbarung zu Protokoll.¹⁾

Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/274, den Antrag der Bundesregierung auf Drucksache 17/179 anzunehmen. Es ist namentliche Abstimmung verlangt.

Wir stimmen nun über die Beschlussempfehlung namentlich ab. Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, ihre Plätze einzunehmen. Ich bitte alle Kolleginnen und Kollegen, bevor Sie abstimmen, noch einmal zu überprüfen, ob Ihr Name auf der Abstimmungskarte steht, die Sie jetzt einwerfen wollen. Sind alle Plätze mit Schriftführern besetzt? – Ich eröffne die Abstimmung.

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme noch nicht abgegeben hat? – Das ist nicht der Fall. Ich schließe die Abstimmung und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Das Ergebnis der Abstimmung wird Ihnen später bekannt gegeben.²⁾

Wir setzen die Abstimmung mit den Abstimmungen über die Entschließungsanträge fort. Bevor ich dies tue, bitte ich diejenigen Kolleginnen und Kollegen, die an diesen Abstimmungen und weiteren Beratungen nicht mehr teilnehmen wollen oder können, den Saal zu verlassen und uns dadurch zu ermöglichen, die Abstimmungsergebnisse zweifelsfrei festzustellen. Das macht sich sehr schlecht, wenn Sie hier im Gang stehen.

- (B) Wir fahren nun fort mit der Abstimmung über die Entschließungsanträge. Wer stimmt für den Entschließungsantrag der Fraktion die SPD auf Drucksache 17/279? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Entschließungsantrag ist abgelehnt.

Wer stimmt für den Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 17/280? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Entschließungsantrag ist abgelehnt.

Wer stimmt für den Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 17/281? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Entschließungsantrag ist abgelehnt.

(C)

(D)

¹⁾ Anlage 4 und 5

²⁾ Siehe Seite 1012 C

Dr. Frank Steffel

- (A) **Vizepräsidentin Petra Pau:**
- Ich komme zurück zum Tagesordnungspunkt 11 und gebe das von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelte **Ergebnis der namentlichen Abstimmung** über die Beschlussempfehlung zu dem Antrag der Bundesregierung zur Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Operation Atalanta – es handelt sich um die Drucksachen 17/179 und 17/274 – bekannt: abgegebene Stimmen 577. Mit Ja haben gestimmt 492 Kolleginnen und Kollegen, mit Nein haben gestimmt 74, und es gab 11 Enthaltungen. Die Beschlussempfehlung ist angenommen. (C)

Endgültiges Ergebnis				
Abgegebene Stimmen:	577;	Dr. Maria Flachsbarth	Dr. Egon Jüttner	Dr. h. c. Hans Michelbach
davon		Klaus-Peter Flosbach	Bartholomäus Kalb	Dr. Mathias Middelberg
ja:	492	Herbert Frankenhauser	Steffen Kampeter	Philipp Mißfelder
nein:	74	Dr. Hans-Peter Friedrich	Alois Karl	Dietrich Monstadt
enthalten:	11	(Hof)	Bernhard Kaster	Marlene Mortler
		Michael Frieser	Siegfried Kauder (Villingen-	Stefan Müller (Erlangen)
		Erich G. Fritz	Schwenningen)	Nadine Müller (St. Wendel)
		Dr. Michael Fuchs	Volker Kauder	Dr. Gerd Müller
		Hans-Joachim Fuchtel	Dr. Stefan Kaufmann	Dr. Philipp Murmann
		Alexander Funk	Roderich Kiesewetter	Michaela Noll
		Ingo Gädechens	Eckart von Klaeden	Dr. Georg Nüßlein
		Dr. Thomas Gebhart	Volkmar Klein	Franz Obermeier
		Norbert Geis	Jürgen Klimke	Eduard Oswald
		Alois Gerig	Julia Klöckner	Henning Otte
		Eberhard Gienger	Axel Knoerig	Dr. Michael Paul
		Josef Göppel	Jens Koeppen	Rita Pawelski
		Peter Götz	Dr. Kristina Köhler	Ulrich Petzold
		Dr. Wolfgang Götzer	(Wiesbaden)	Dr. Joachim Pfeiffer
		Reinhard Grindel	Manfred Kolbe	Sibylle Pfeiffer
		Hermann Gröhe	Dr. Rolf Koschorrek	Beatrix Philipp
		Michael Grosse-Brömer	Hartmut Koschyk	Ronald Pofalla
		Astrid Grotelüschen	Thomas Kossendey	Christoph Poland
		Markus Grübel	Michael Kretschmer	Ruprecht Polenz
		Manfred Grund	Gunther Krichbaum	Eckhard Pols
		Monika Grütters	Dr. Günter Krings	Lucia Puttrich
		Dr. Karl-Theodor Freiherr	Dr. Martina Krogmann	Daniela Raab
		zu Guttenberg	Rüdiger Kruse	Thomas Rachel
		Olav Gutting	Bettina Kudla	Eckhardt Rehberg
		Florian Hahn	Dr. Hermann Kues	Katherina Reiche (Potsdam)
		Holger Haibach	Günter Lach	Lothar Riessamen
		Dr. Stephan Harbarth	Dr. Karl A. Lamers	Josef Rief
		Jürgen Hardt	(Heidelberg)	Klaus Riegert
		Gerda Hasselfeldt	Andreas G. Lämmel	Dr. Heinz Riesenhuber
		Dr. Matthias Heider	Dr. Norbert Lammert	Johannes Röring
		Mechthild Heil	Katharina Landgraf	Dr. Christian Ruck
		Ursula Heinen-Esser	Ulrich Lange	Erwin Rüdell
		Frank Heinrich	Dr. Max Lehmer	Albert Rupprecht (Weiden)
		Rudolf Henke	Paul Lehrieder	Anita Schäfer (Saalstadt)
		Michael Hennrich	Dr. Ursula von der Leyen	Dr. Annette Schavan
		Ansgar Heveling	Ingbert Liebing	Dr. Andreas Scheuer
		Ernst Hinsken	Matthias Lietz	Karl Schiewerling
		Peter Hintze	Dr. Carsten Linnemann	Norbert Schindler
		Christian Hirte	Patricia Lips	Tankred Schipanski
		Robert Hochbaum	Dr. Jan-Marco Luczak	Georg Schirmbeck
		Karl Holmeier	Dr. Michael Luther	Christian Schmidt (Fürth)
		Franz-Josef Holzenkamp	Karin Maag	Patrick Schnieder
		Joachim Hörster	Dr. Thomas de Maizière	Dr. Andreas Schockenhoff
		Anette Hübinger	Hans-Georg von der Marwitz	Dr. Ole Schröder
		Thomas Jarzombek	Andreas Mattfeldt	Bernhard Schulte-Drüggelte
		Dr. Dieter Jasper	Stephan Mayer (Altötting)	Uwe Schummer
		Andreas Jung (Konstanz)	Dr. Michael Meister	Armin Schuster (Weil am
		Dr. Franz Josef Jung	Maria Michalk	Rhein)

Ja

CDU/CSU

Ilse Aigner
 Peter Altmaier
 Peter Aumer
 Dorothee Bär
 Thomas Bareiß
 Norbert Barthle
 Günter Baumann
 Ernst-Reinhard Beck
 (Reutlingen)
 Manfred Behrens (Börde)
 Veronika Bellmann
 Dr. Christoph Bergner
 Peter Beyer
 Steffen Bilger
 Clemens Binninger
 Peter Bleser
 Dr. Maria Böhmer
 Wolfgang Börnsen
 (Bönstrup)
 Norbert Brackmann
 Klaus Brähmig
 Michael Brand
 Dr. Reinhard Brandl
 Helmut Brandt
 Dr. Ralf Brauksiepe
 Dr. Helge Braun
 Heike Brehmer
 Ralph Brinkhaus
 Gitta Connemann
 Leo Dautzenberg
 Alexander Dobrindt
 Thomas Dörflinger
 Marie-Luise Dött
 Dr. Thomas Feist
 Enak Ferlemann
 Ingrid Fischbach
 Hartwig Fischer (Göttingen)
 Dirk Fischer (Hamburg)
 Axel E. Fischer (Karlsruhe-
 Land)

(B) (D)

Vizepräsidentin Petra Pau

- | | | | | |
|-----|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| (A) | <p>Detlef Seif
Johannes Selle
Reinhold Sendker
Dr. Patrick Sensburg
Thomas Silberhorn
Johannes Singhammer
Jens Spahn
Carola Stauche
Dr. Frank Steffel
Christian Freiherr von Stetten
Dieter Stier
Gero Storjohann
Stephan Stracke
Max Straubinger
Karin Strenz
Thomas Strobl (Heilbronn)
Lena Strothmann
Michael Stübgen
Dr. Peter Tauber
Antje Tillmann
Dr. Hans-Peter Uhl
Arnold Vaatz
Volkmar Vogel (Kleinsaara)
Stefanie Vogelsang
Andrea Astrid Voßhoff
Dr. Johann Wadephul
Marco Wanderwitz
Kai Wegner
Marcus Weinberg (Hamburg)
Peter Weiß (Emmendingen)
Sabine Weiss (Wesel I)
Ingo Wellenreuther
Karl-Georg Wellmann
Peter Wichtel
Annette Widmann-Mauz
Klaus-Peter Willsch
Elisabeth Winkelmeier-Becker
Dagmar Wöhl
Dr. Matthias Zimmer
Wolfgang Zöllner
Willi Zylajew</p> <p>SPD</p> <p>Ingrid Arndt-Brauer
Rainer Arnold
Heinz-Joachim Barchmann
Doris Barnett
Dr. Hans-Peter Bartels
Klaus Barthel
Sören Bartol
Sabine Bätzing
Dirk Becker
Lothar Binding (Heidelberg)
Gerd Bollmann
Klaus Brandner
Willi Brase
Bernhard Brinkmann (Hildesheim)
Edelgard Bulmahn
Martin Burkert
Petra Crone
Dr. Peter Danckert
Martin Dörmann
Elvira Drobinski-Weiß
Garrelt Duin
Sebastian Edathy
Siegmond Ehrmann</p> | <p>Petra Ernstberger
Karin Evers-Meyer
Elke Ferner
Gabriele Fograscher
Dr. Edgar Franke
Dagmar Freitag
Peter Friedrich
Sigmar Gabriel
Michael Gerdes
Martin Gerster
Iris Gleicke
Günter Gloser
Ulrike Gottschalck
Angelika Graf (Rosenheim)
Michael Groß
Michael Groschek
Wolfgang Gunkel
Hans-Joachim Hacker
Bettina Hagedorn
Michael Hartmann (Wackernheim)
Hubertus Heil (Peine)
Rolf Hempelmann
Dr. Barbara Hendricks
Gustav Herzog
Gabriele Hiller-Ohm
Frank Hofmann (Volkach)
Dr. Eva Högl
Christel Humme
Josip Juratovic
Oliver Kaczmarek
Johannes Kahrs
Dr. h. c. Susanne Kastner
Ulrich Kelber
Lars Klingbeil
Hans-Ulrich Klose
Dr. Bärbel Kofler
Daniela Kolbe (Leipzig)
Fritz Rudolf Körper
Anette Kramme
Nicolette Kressl
Angelika Krüger-Leibner
Ute Kumpf
Christine Lambrecht
Christian Lange (Backnang)
Dr. Karl Lauterbach
Steffen-Claudio Lemme
Burkhard Lischka
Gabriele Lösekrug-Möller
Kirsten Lüthmann
Caren Marks
Katja Mast
Hilde Mattheis
Petra Merkel (Berlin)
Ullrich Meßner
Franz Müntefering
Dr. Rolf Mützenich
Dietmar Nietan
Thomas Oppermann
Holger Ortel
Aydan Özoğuz
Heinz Paula
Johannes Pflug
Joachim Poß
Dr. Wilhelm Priesmeier
Florian Pronold
Dr. Sascha Raabe
Mechthild Rawert</p> | <p>Gerold Reichenbach
Dr. Carola Reimann
Sönke Rix
René Röspel
Dr. Ernst Dieter Rossmann
Karin Roth (Esslingen)
Michael Roth (Heringen)
Marlene Rupprecht (Tuchenbach)
Anton Schaaf
Axel Schäfer (Bochum)
Bernd Scheelen
Dr. Hermann Scheer
Werner Schieder (Weiden)
Ulla Schmidt (Aachen)
Carsten Schneider (Erfurt)
Olaf Scholz
Ottmar Schreiner
Swen Schulz (Spandau)
Ewald Schurer
Dr. Angelica Schwall-Düren
Dr. Martin Schwanholz
Rolf Schwanitz
Stefan Schwartz
Dr. Carsten Sieling
Sonja Steffen
Peer Steinbrück
Dr. Frank-Walter Steinmeier
Christoph Strässer
Kerstin Tack
Dr. h. c. Wolfgang Thierse
Wolfgang Tiefensee
Rüdiger Veit
Ute Vogt
Dr. Marlies Volkmer
Heidemarie Wieczorek-Zeul
Dr. Dieter Wiefelspütz
Uta Zapf
Dagmar Ziegler
Manfred Zöllmer
Brigitte Zypries</p> <p>FDP</p> <p>Jens Ackermann
Christian Ahrendt
Christine Aschenberg-Dugnus
Daniel Bahr (Münster)
Florian Bernschneider
Sebastian Blumenthal
Claudia Bögel
Nicole Bracht-Bendt
Klaus Breil
Rainer Brüderle
Angelika Brunkhorst
Ernst Burgbacher
Marco Buschmann
Sylvia Canel
Helga Daub
Reiner Deutschmann
Dr. Bijan Djir-Sarai
Patrick Döring
Mechthild Dyckmans
Rainer Erdel
Jörg van Essen
Ulrike Flach
Otto Fricke
Paul K. Friedhoff</p> | <p>Dr. Edmund Peter Geisen (C)
Dr. Wolfgang Gerhardt
Hans-Michael Goldmann
Heinz Golombbeck
Miriam Gruß
Joachim Günther (Plauen)
Dr. Christel Happach-Kasan
Heinz-Peter Hausteин
Manuel Höferlin
Elke Hoff
Birgit Homburger
Heiner Kamp
Michael Kauch
Dr. Lutz Knopek
Pascal Kober
Hellmut Königshaus
Gudrun Kopp
Dr. h. c. Jürgen Koppelin
Sebastian Körber
Patrick Kurth (Kyffhäuser)
Heinz Lanfermann
Sibylle Laurischk
Harald Leibrecht
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Lars Lindemann
Dr. Martin Lindner (Berlin)
Christian Lindner
Michael Link (Heilbronn)
Dr. Erwin Lotter
Oliver Luksic
Horst Meierhofer
Patrick Meinhardt
Gabi Molitor
Jan Mücke (D)
Petra Müller (Aachen)
Burkhardt Müller-Sönksen
Dr. Martin Neumann (Lausitz)
Dirk Niebel
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Cornelia Pieper
Gisela Piltz
Dr. Birgit Reinemund
Dr. Peter Röhlinger
Dr. Stefan Ruppert
Björn Sänger
Frank Schäffler
Christoph Schnurr
Jimmy Schulz
Marina Schuster
Dr. Erik Schweickert
Werner Simmling
Judith Skudelny
Dr. Hermann Otto Solms
Joachim Spatz
Dr. Max Stadler
Torsten Staffeldt
Dr. Rainer Stinner
Carl-Ludwig Thiele
Stephan Thomae
Florian Toncar
Serkan Tören
Johannes Vogel (Lüdenscheid)
Dr. Daniel Volk
Dr. Guido Westerwelle</p> |
|-----|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

Vizepräsidentin Petra Pau

(A) Dr. Claudia Winterstein
Dr. Volker Wissing
Hartfrid Wolff (Rems-Murr)

**BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN**

Kerstin Andreae
Marieluise Beck (Bremen)
Volker Beck (Köln)
Cornelia Behm
Birgitt Bender
Alexander Bonde
Viola von Cramon-Taubadel
Ekin Deligöz
Dr. Thomas Gambke
Kai Gehring
Katrin Göring-Eckardt
Britta Haßelmann
Priska Hinz (Herborn)
Ulrike Höfken
Ingrid Hönlinger
Katja Keul
Tom Koenigs
Oliver Krischer
Fritz Kuhn
Stephan Kühn
Renate Künast
Undine Kurth (Quedlinburg)
Markus Kurth
Nicole Maisch
Jerzy Montag
Kerstin Müller (Köln)
Dr. Konstantin von Notz
Omid Nouripour
Friedrich Ostendorff
Brigitte Pothmer
Tabea Rößner
Claudia Roth (Augsburg)

Krista Sager
Manuel Sarrazin
Elisabeth Scharfenberg
Christine Scheel
Dr. Gerhard Schick
Dr. Frithjof Schmidt
Markus Tressel
Jürgen Trittin
Daniela Wagner
Wolfgang Wieland
Josef Philip Winkler

Nein**DIE LINKE**

Jan van Aken
Agnes Alpers
Dr. Dietmar Bartsch
Herbert Behrens
Karin Binder
Matthias W. Birkwald
Heidrun Bluhm
Steffen Bockhahn
Christine Buchholz
Dr. Martina Bunge
Roland Claus
Sevim Dağdelen
Dr. Diether Dehm
Dr. Dagmar Enkelmann
Klaus Ernst
Wolfgang Gehrcke
Nicole Gohlke
Diana Golze
Annette Groth
Dr. Gregor Gysi
Heike Hänsel
Dr. Rosemarie Hein

Inge Höger
Dr. Barbara Höll
Andrej Konstantin Hunko
Ulla Jelpke
Dr. Lukrezia Jochimsen
Katja Kipping
Harald Koch
Jan Korte
Jutta Krellmann
Katrin Kunert
Caren Lay
Sabine Leidig
Ralph Lenkert
Michael Leutert
Ulla Lötzer
Dr. Gesine Lötzsck
Thomas Lutze
Ulrich Maurer
Dorothee Menzner
Kornelia Möller
Niema Movassat
Wolfgang Nešković
Petra Pau
Jens Petermann
Richard Pitterle
Ingrid Remmers
Paul Schäfer (Köln)
Dr. Herbert Schui
Dr. Ilja Seifert
Kathrin Senger-Schäfer
Raju Sharma
Dr. Petra Sitte
Kersten Steinke
Sabine Stüber
Alexander Süßmair
Alexander Ulrich
Kathrin Vogler
Sahra Wagenknecht

Halina Wawzyniak
Harald Weinberg
Jörn Wunderlich

**BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN**

Bettina Herlitzius
Winfried Herrmann
Dr. Anton Hofreiter
Sven Kindler
Sylvia Kotting-Uhl
Agnes Krumwiede
Monika Lazar
Beate Müller-Gemmeke
Dorothea Steiner
Dr. Wolfgang Strengmann-
Kuhn
Hans-Christian Ströbele

Enthalten**SPD**

Petra Hinz (Essen)

**BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN**

Katja Dörner
Hans-Josef Fell
Thilo Hoppe
Uwe Kekeritz
Memet Kilic
Maria Klein-Schmeink
Ute Koczy
Agnes Malczak
Elisabeth Paus
Dr. Harald Terpe

(C)

(D)

(A) **Anlagen zum Stenografischen Bericht** (C)

(B) **Anlage 4** (D)**Erklärung nach § 31 GO**

des Abgeordneten Sven Kindler (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur namentlichen Abstimmung über die Beschlussempfehlung zu dem Antrag: Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Operation Atalanta zur Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Somalias auf Grundlage des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen von 1982 und der Resolutionen 1814 (2008) vom 15. Mai 2008, 1816 (2008) vom 2. Juni 2008, 1838 (2008) vom 7. Oktober 2008, 1846 (2008) vom 2. Dezember 2008, 1897 (2009) vom 30. November 2009 und nachfolgender Resolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen in Verbindung mit der Gemeinsamen Aktion 2008/851/GASP des Rates der Europäischen Union vom 10. November 2008 und dem Beschluss 2009/907/GASP des Rates der Europäischen Union vom 8. Dezember 2009 (Tagesordnungspunkt 11)

Ich lehne den Antrag der Bundeswehr, weiter Marinesoldaten der Bundeswehr vor der Küste Somalias und im Indischen Ozean einzusetzen, ab.

Die Bundeswehr sollte nicht für den Schutz der Handelswege im Indischen Ozean eingesetzt werden. Dafür sind die Soldaten auch nicht ausgebildet. Insbesondere fehlen ihnen die notwendigen Kenntnisse und rechtlichen Voraussetzungen, vor allem zur Festnahme von piraterieverdächtigen Personen. So bewegen sich die Soldaten bei deren Aufspüren und Festhalten über Tage oder möglicherweise Wochen sowie bei deren Übergabe an Behörden anderer Staaten am Rande der Legalität.

Anlage 2**Erklärung**

des Parl. Staatssekretärs Christian Schmidt (BMVg) (11. Sitzung, Tagesordnungspunkt 2, Seite 819 A)

(A) Der Einsatz der Bundeswehr stellt nicht das allerletzte Mittel bzw. die äußerste Notmaßnahme zur Verhinderung und Aufklärung von Überfällen durch Piraten dar. Denn andere Möglichkeiten wurden gar nicht erst versucht. Die Ursachen der steigenden Zahl von Überfällen und Entführungen von Schiffen sowie der Erpressung von Reedern wurden nicht untersucht und schon gar nicht beseitigt. Auch auf eine langfristige Stabilisierung Somalias wurde bisher nur halbherzig hingearbeitet.

So hat die internationale Gemeinschaft etwa gegen das Leerfischen der ehemals fischreichen Gewässer vor der Küste Somalias durch europäische und japanische Fischfabriken nicht nur nichts unternommen, sondern dieses Treiben sogar durch Finanzmittel gefördert. Für die Zukunft ist im aktuellen Atalanta-Beschluss der EU gar vorgesehen, diese Industrieschiffe aus Europa und deren Fischraub sogar noch durch die Bundesmarine und deren Verbündete zu schützen.

Der Einsatz der internationalen Armada von mehreren Dutzend großer Kriegsschiffe im Indischen Ozean ist auch ineffektiv. Seit Beginn der OEF- und Atalanta-Einsätze ist die Anzahl der Kaperungen und Angriffe auf Handels- und Passagierschiffe nicht zurückgegangen, sondern rapide angestiegen. Laut internationaler Seefahrtsbehörde gab es allein in den ersten neun Monaten dieses Jahres 150 Angriffe durch Piraten, mehr als doppelt so viele wie im gesamten Vorjahr.

(B) Die zur Abstimmung stehende Verlängerung des Einsatzmandats weitet das Einsatzgebiet der internationalen Militärflotten noch weiter aus als bisher. Es soll nun über 5 Millionen Quadratkilometer umfassen. Sollten die Flotten anfangs nur in der Region vor der Küste Somalias eingesetzt werden, so gehören nach der nun zur Abstimmung stehenden Erweiterung des Mandats inzwischen auch weite Teile des Indischen Ozeans zum Operationsgebiet. Es werden sogar Flottenstützpunkte Hunderte von Meilen entfernt eingerichtet, wie auf den Seychellen.

Der Militäreinsatz gegen Piraten wird also immer weiter sowie länger ausgedehnt und droht zu einem Dauereinsatz im Indischen Ozean zu werden. Eine Eskalation und Ausweitung auf das Festland in Somalia ist zu befürchten.

Die Kosten des Einsatzes dieser Militärflotten sind um ein Vielfaches höher als alle Schäden, die durch die Piraterie angerichtet wurden. Mit einem Bruchteil der für Soldaten und Kriegsschiffe problemlos zur Verfügung gestellten vielen Hundert Millionen Euro – allein Deutschland zahlt jährlich knapp 50 Millionen – hätte man einen großen Teil der somalischen Bevölkerung mit Nahrungsmitteln versorgen und die wirtschaftliche Entwicklung heraus aus Elend und Arbeitslosigkeit vorantreiben können. Anstelle der Verlängerung des Atalanta-Mandats könnte jetzt noch mit gezielter wirtschaftlicher Entwicklungshilfe dem Land geholfen und die Piraterie wirkungsvoller eingedämmt werden.

Anlage 5

Erklärung nach § 31 GO

der Abgeordneten Hans-Christian Ströbele, Sylvia Kotting-Uhl, Monika Lazar, Beate Müller-Gemmeke, Winfried Hermann, Dorothea Steiner und Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn (alle BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur namentlichen Abstimmung über die Beschlussempfehlung zu dem Antrag: Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Operation Atalanta zur Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Somalias auf Grundlage des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen von 1982 und der Resolutionen 1814 (2008) vom 15. Mai 2008, 1816 (2008) vom 2. Juni 2008, 1838 (2008) vom 7. Oktober 2008, 1846 (2008) vom 2. Dezember 2008, 1897 (2009) vom 30. November 2009 und nachfolgender Resolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen in Verbindung mit der Gemeinsamen Aktion 2008/851/GASP des Rates der Europäischen Union vom 10. November 2008 und dem Beschluss 2009/907/GASP des Rates der Europäischen Union vom 8. Dezember 2009 (Tagesordnungspunkt 11)

Wir lehnen den Antrag der Bundesregierung, weitere Marinesoldaten der Bundeswehr vor der Küste Somalias und im Indischen Ozean einzusetzen, ab.

Die Bundeswehr existiert zur Verteidigung. So steht es im Grundgesetz. Sie ist nicht dafür da, polizeiliche Aufgaben im Ausland zu übernehmen und Straftaten zu verfolgen oder zu verhindern, auch nicht zum Schutz der Handelswege im Indischen Ozean. Dafür sind die Soldaten auch nicht ausgebildet. (D)

Insbesondere fehlen ihnen die notwendigen Kenntnisse und rechtlichen Voraussetzungen, vor allem zur Festnahme von piraterieverdächtigen Personen. So bewegen sich die Soldaten bei deren Aufspüren und Festhalten über Tage oder möglicherweise Wochen sowie bei deren Übergabe an Behörden anderer Staaten am Rande der Legalität.

Der Einsatz der Bundeswehr stellt nicht das allerletzte Mittel bzw. die äußerste Notmaßnahme zur Verhinderung und Aufklärung von Überfällen durch Piraten dar. Denn andere Möglichkeiten wurden gar nicht erst versucht. Die Ursachen der steigenden Zahl von Überfällen und Entführungen von Schiffen der christlichen Seefahrt sowie der Erpressung von Reedern wurden nicht untersucht und schon gar nicht beseitigt. Auch auf eine langfristige Stabilisierung Somalias wurde bisher nur halbherzig hingearbeitet.

So hat die internationale Gemeinschaft etwa gegen das Leerfischen der ehemals fischreichen Gewässer vor der Küste Somalias durch europäische und japanische Fischfabriken nicht nur nichts unternommen, sondern dieses Treiben sogar durch Finanzmittel gefördert. Für die Zukunft ist im aktuellen Atalanta-Beschluss der EU gar vorgesehen, diese Industrieschiffe aus Europa und

- (A) deren Fischraub sogar noch durch die Bundesmarine und deren Verbündete zu schützen.

Der Einsatz der internationalen Armada von mehreren Dutzend großer Kriegsschiffe im Indischen Ozean ist auch ineffektiv. Seit Beginn der OEF- und Atalanta-Einsätze ist die Anzahl der Kaperungen und Angriffe auf Handels- und Passagierschiffe nicht zurückgegangen, sondern rapide angestiegen. Laut internationaler Seefahrtsbehörde gab es allein in den ersten neun Monaten dieses Jahres 150 Angriffe durch Piraten, mehr als doppelt so viele wie im gesamten Vorjahr.

Die zur Abstimmung stehende Verlängerung des Einsatzmandats weitet das Einsatzgebiet der internationalen Militärflotten noch weiter aus als bisher. Es soll nun über 5 Millionen Quadratkilometer umfassen. Sollten die Flotten anfangs nur in der Region vor der Küste Somalias eingesetzt werden, so gehören nach der nun zur Abstimmung stehenden Erweiterung des Mandats inzwischen auch weite Teile des Indischen Ozeans zum Operationsgebiet. Es werden sogar Flottenstützpunkte Hunderte von Meilen entfernt eingerichtet, wie auf den Seychellen.

Der Militäreinsatz gegen Piraten wird also immer weiter sowie länger ausgedehnt und droht zu einem Dauereinsatz im Indischen Ozean zu werden. Eine Eskalation und Ausweitung auf das Festland in Somalia ist zu befürchten.

- (B) Die Kosten des Einsatzes dieser Militärflotten sind um ein Vielfaches höher als alle Schäden, die durch die Piraterie angerichtet wurden. Mit einem Bruchteil der für Soldaten und Kriegsschiffe problemlos zur Verfügung gestellten, vielen Hundert Millionen Euro – allein Deutschland zahlt jährlich knapp 50 Millionen – hätte man einen großen Teil der somalischen Bevölkerung mit Nahrungsmitteln versorgen und die wirtschaftliche Entwicklung heraus aus Elend und Arbeitslosigkeit vorantreiben können. Anstelle der Verlängerung des Atalanta-Mandats könnte jetzt noch mit gezielter wirtschaftlicher Entwicklungshilfe dem Land geholfen und die Piraterie wirkungsvoller eingedämmt werden.

(C)

(D)